

Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Günzburg Gerhard Jauernig am 19.11.2008 vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bevor unsere Rechtsdirektorin, Frau Kurtenbach, ausführlich die juristische Argumentation der Stadt Günzburg darlegt, möchte ich als gewählter Vertreter meiner Kommune und als Vorsitzender unseres Stadtrates erläutern, warum die Stadt Günzburg das „Forum am Hofgarten“ nicht an den Kreisverband der NPD vermieten kann.

Ich selbst bin seit meiner Geburt ein Günzburger. Ich selbst habe als solcher über Jahrzehnte miterleben müssen, wie meine Heimatstadt und deren Bürger immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit standen, weil Günzburg der Geburtsort des ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele ist.

Die **Berichterstattung internationaler Medien haben** bei mir und meinen Mitbürgern ein sehr **differenziertes Bild eben dieser Berichterstattung erzeugt** – neben guter journalistischer Arbeit wurde oftmals auch der **Versuch unternommen, meine Stadt als verschwörerische Gemeinschaft ewig Gestriger zu präsentieren, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben** und darüber hinaus mit einem Kriegsverbrecher unter einer Decke stecken.

Auf der einen Seite stehen also die, denen die gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit nicht weit genug geht, auf der anderen Seite jene, die über die Vergangenheit den Mantel des Schweigens gebreitet sehen wollen und die eine wiederkehrende Beschäftigung mit dem Thema eher als lästig empfinden. Zwischen diesen beiden Polen wird sich die öffentliche Diskussion immer bewegen. Das ist ein Faktum, mit dem wir leben müssen. Mir ist dabei klar, dass man die Verfechter ersterer Ansicht

nicht zufrieden stellen kann und letzteren das Wort zu reden, kommt für uns nicht in Frage.

Mein Amtsvorgänger hatte stets einen Kurs schonungsloser Offenheit verfolgt und gegen Ende seiner Amtszeit auch eine wissenschaftliche Untersuchung bei der Universität Augsburg angeregt, die ihm die Zusammenhänge zwischen der Familie des KZ-Arztes und der Stadt herausarbeiten sollte.

Die von Sven Keller im Jahr 2003 vorgelegte Arbeit, die auch Aufnahme in eine renommierte wissenschaftliche Buchreihe fand, kam zu dem Schluss, dass die Stadt in keiner Weise in das jahrzehntelange Untertauchen Josef Mengeles verstrickt war.

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, **Günzburg war und ist nicht einfach irgendeine bayerische Kommune, in der es doch möglich sein muss, Räumlichkeiten für Veranstaltungen in einem Kultur- und Tagungszentrum von rechtsextremen Parteien anzumieten.**

Günzburg ist eben auch Geburtsort eines Josef Mengele und deshalb kommt unserer Stadt bei dem Umgang mit der Geschichte eine ganz besondere Bedeutung zu. Dies erklärt auch, warum wir diese Einrichtung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands nicht zur Verfügung stellen können.

Auch wenn die NPD in einem förmlichen Verfahren vor dem Bundes- und Verfassungsgericht noch nicht als verfassungswidrig eingestuft ist, sehe ich das Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet, die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen.

Aussagen unterschiedlichster Parteifunktionäre belegen dies im Übrigen.

Es ist schon verrückt, dass die NPD sich in diesem Verfahren genau auf die Freiheiten unserer Demokratie beruft, die sie in vielen anderen Bereichen massiv durch ihre Propaganda in Frage stellt. Aus meiner Sicht ein absurder Missbrauch unseres Rechtsstaates. Ich selbst bin überzeugt davon, dass die NPD Ziele unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Frage stellt und ein bedauerlicherweise aus formalen Gründen eingestelltes Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nicht zu Ende geführt werden konnte. Aus dieser tiefen Überzeugung und in Verbindung mit der Tatsache, dass **die Öffentlichkeit und besonders die Opferverbände des Nationalsozialismus besonders sensibel auf Geschehnisse in unserer Kommune achten, kann meine Stadt ihr Forum nicht an die NPD vermieten.** Ich möchte in diesem Zusammenhang auch deutlich machen, dass eine Zulassung der NPD in Mengeles Geburtsstadt nicht nur in Deutschland, sondern weltweit Aufsehen erregen kann.

Als der Tod Mengeles in Südamerika Mitte der 80er Jahre bekannt wurde, ich war damals etwa 15 bis 16 Jahre alt, gab es in Günzburg bereits einen Ort weltweiter Medienpräsenz. Die Vertreter der Stadt mussten erhebliche Anstrengungen, die bis heute anhalten, unternehmen, diesen Makel der Assoziation mit einem der grausamsten Vertreter des NS-Regimes zu bekämpfen. Schon damals wurde weltweit aus Günzburg berichtet, Berichterstatter waren mit besonderer Sensibilität auf der Suche nach Verbindungen zum Makel der Geburtsstadt des Nazi-Verbrechers.

Wir wollen in Günzburg deshalb keine Veranstaltung einer rechtsextremen Partei, schon gar nicht mit dem Hintergrund einer historischen Erfahrung, der sich die Stadt in den zurückliegenden Jahren aktiv stellte.

Ich habe vorhin erwähnt, dass sich eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Thema Josef Mengele befasste und ein Buch erschien.

Bald nach Vorstellung dieses Buches in unserem Kulturzentrum regte eine Mitbürgerin in einer Bürgerversammlung an, den **Opfern des KZ-Arztes ein Mahnmal** zu widmen. **Entwurf und Ausführung lagen in Händen von Schülerinnen und Schülern der beiden Günzburger Gymnasien**, die sich auf meine Bitte ohne zu zögern und über mehrere Monate hin mit dem Thema auseinandersetzten.

Das beeindruckende Ergebnis ihrer Anstrengungen **wurde** am 8. März 2005 **unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit, darunter viele Mitglieder von Opferverbänden, enthüllt**. Die Augsburger Allgemeine würdigte das gesellschaftliche Engagement der jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger durch die Verleihung der „**Silberdistel**“.

Wie, so frage ich mich, werden die etwa 60 Schülerinnen und Schüler es auffassen, wenn die Stadt, für die sie sich vor aller Welt eingesetzt haben, Leuten, die Menschen verachtende Parolen auf den Lippen tragen, einen Versammlungsraum zur Verfügung stellen?

Meine Stadtratskollegen und ich wurden gewählt, um die Stadt Günzburg vor Schaden zu bewahren. Wenn wir unser Forum am Hofgarten für diese Art von Veranstaltung zur Verfügung stellen, ist dies nicht mehr gegeben.

Eine Partei, deren Vertreter oft Menschen verachtende Thesen verbreiten, Fremdenfeindlichkeit schüren und Einzelne sogar den Holocaust leugnen, hat in unserem Günzburg nichts zu suchen.